

tischen Beobachtung und Überwachung dieser Kreise ist dem SSD besonders viel gelegen. So ist aus den Kreissekretariaten der DBD bekannt, daß sich der Staatssicherheitsdienst mit Vorliebe für kritische Äußerungen von Bauern über das Wirtschaftssystem der Sowjetzone und umgekehrt für positive Urteile über das System der freien Marktwirtschaft in der Bundesrepublik, für Rückstände in der Pflichtablieferung, Anzeichen von Widerstand gegen die Kollektivierung der Landwirtschaft und andere Dinge interessiert. Sinngemäß verlagert sich das Interesse an der Zusammenarbeit mit den Funktionären der National-Demokratischen Partei vorzugsweise auf Vorgänge und Entwicklungen unter den Handwerkern, ehemaligen Offizieren und ehemaligen Nationalsozialisten. Von beiden Satelliten-Parteien wird der Staatssicherheitsdienst im allgemeinen nach besten Kräften unterstützt, was ihn natürlich auch hier nicht abhält, außerdem eigene Spitzel innerhalb der Partei-Organisationen anzuwerben.

DIE ZKSK

Eine bedeutende Hilfe leistet dem Staatssicherheitsdienst die „Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle“ (ZKSK). Ursprünglich, als der Staatssicherheitsdienst noch weitgehend der Kontrolle der deutschen Kommunisten entzogen war, mag man in der SED zeitweise mit dem Gedanken gespielt haben, in der ZKSK eine Art Gegeninstrument heranzubilden, wenn auch nur auf dem Gebiet des Staats- und Wirtschaftsapparates. Mit der Entmachtung Zaissers wurden diese Pläne gegenstandslos. Prompt wurde auch der ehrgeizige Chef der ZKSK, Fritz Lange, abberufen und der Apparat auf seine eigentlichen Aufgaben beschränkt. Diese bestehen heute in der Kontrolle der Durchführung des Volkswirtschafts- und des Haushaltsplans, wobei eine klare Abgrenzung zur Justiz und zum Staatssicherheitsdienst vorgenommen wurde. Weitere Aufgaben bestehen darin, im Staats- und Wirtschaftsapparat jedwede Form von „bürokratischen Erscheinungen“, von „Sabotage“ und von „feindlicher Tätigkeit“ aufzuspüren.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben kann sich die ZKSK auf Bevollmächtigte in allen Bezirken stützen. Die Dienststellen dieser Bevollmächtigten umfassen bis zu 50 Personen. Außerdem arbeiten in den Schwerpunktbetrieben Betriebsbeauftragte und Kontrolleure. Alle Mitglieder der ZKSK sind auf Grund schriftlicher Arbeitsanweisungen zur engen Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst verpflichtet. Stoßen Organe der ZKSK während ihrer Arbeit auf „Sabotage“ oder sonstige „Feindtätigkeit“, so sind sie verpflichtet, diese Fälle ohne weitere Bearbeitung an den Staatssicherheitsdienst abzutreten.

Offenbar nimmt man einige Rücksicht auf die gegenseitigen Antipathien der Mitarbeiter beider Apparate. Die SSD-Angestellten erblicken in ihren ZKSK-Kollegen die ohne politischen Weitblick ausgestatteten „Nur-Fachleute“, während umgekehrt der SSD und seine Arbeitsmethoden als „unseriös“ empfunden werden. Die ZKSK-Leute werfen dem SSD vor, sich einer Saboteure- und Spionenriechei zu befleißigen, nur, um ein ungeschriebenes „Abschuß-Soll“ zu erfüllen. Vielleicht deshalb oder auch aus anderen Gründen können direkte Weisungen des Staatssicherheitsdienstes an die Organe der ZKSK nicht wahrgenommen werden. Wohl hat sich der Staatssicherheitsdienst insbesondere in den Dienststellen der Bezirksbevollmächtigten der ZKSK zum Zweck einer engen Zusammenarbeit einer Anzahl von leitenden Mitarbeitern versichert. Auf diese Weise bestehen örtlich begrenzte Möglichkeiten, die Arbeit dort im gewünschten Sinne zu lenken, wo der SSD mit seinen Spitzeln allein nicht weiterkommt. Wo derartige inoffizielle Beziehungen nicht bestehen, muß der Staatssicherheitsdienst in besonderen Fällen den Umweg über die SED wählen. Der Vertreter des SSD in der Bezirksleitung der SED kann sich also an leitende Funktionäre der Bezirksleitung wenden, um sie nach persönlicher Absprache zu einer Art Weisung oder zu einem speziellen Hinweis an den Bevollmächtigten der ZKSK zu